



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

-s-: Der Weg zum neuen Block

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Weg zum neuen Block



Schon wiederholt ist in unsrer Zeitschrift in verschiedner Form und Auffassung dem Gedanken Ausdruck gegeben worden: der Block muß wiederkommen. Der Gedanke hat schon zu fest Wurzel gefaßt im deutschen Volk, und aus dieser Wurzel werden immer wieder neue Triebe hervorschießen. Männer der verschiedensten politischen Anschauungen haben diese Überzeugung fast in demselben Augenblick ausgesprochen, als den Gegnern die Sprengung des Blocks geglückt war und die große Menge unter dem Eindruck stand, nun habe der Blockgedanke völlig Schiffbruch gelitten und könne nicht wieder zum Leben erweckt werden. Beinahe mit mitleidiger Überlegenheit standen die hartgefottnen Parteimänner über den Trümmern der Bülow'schen Politik; sie hatten es gleich gesagt, ein solches „Experiment“ könne nicht glücken! Und doch regte sich alsbald der Gedanke: Der Block ist tot, es lebe der Block! Wer weiter zu sehen vermag, wird sagen dürfen, daß Fürst Bülow nicht auf ein spätes Urteil der Geschichte zu warten braucht, um sich gerechtfertigt zu sehen. Schon jetzt ist man unter Leuten, die politisch zu denken vermögen, in stets wachsendem Maße der Meinung, daß Fürst Bülow, auch wenn er sonst kein andres Verdienst und keinen andern Erfolg gehabt hätte, schon durch die klare und entschiedne Verfechtung der Blockidee und durch den mutigen Versuch, mit diesem Block praktisch zu regieren, einen ehrenvollen Platz unter den bedeutendsten deutschen Staatsmännern verdient hat.

Gegen die Blockpolitik im Sinne Bülows, das heißt gegen das Zusammenwirken von Konservativen und Liberalen in den großen, gemeinsamen Lebensfragen der Nation, wehrt sich zunächst die Einseitigkeit des üblichen Parteitriebes. Indessen, wie hoch auch der einzelne den Wert und die Bedeutung seiner Partei einschätzen mag — über den Standpunkt politischer Unreife sollten wir doch längst hinaus sein, als könne ein moderner Staat nach den Wünschen einer einzigen Partei regiert werden. In der Erkenntnis, daß jede Partei, die die Staatsordnung anerkennt, auch ihr Recht im Staatsleben hat, liegt durchaus keine Verleugnung der eignen Überzeugungen. Selbstverständlich

glaubt jeder für sich, auf dem allein richtigen Wege zu sein; ohne diese Überzeugung ist ein ernstes und nachhaltiges Interesse an politischen Fragen unmöglich. Und ebenso selbstverständlich tritt jeder für das, was er für richtig hält, mit ganzer Kraft und dem Eifer der wahren Überzeugung ein. Er wird also danach trachten, den Geltungsbereich der eignen Meinung nach Möglichkeit zu erweitern. Aber das wird natürlich nur bis zu einer gewissen Grenze glücken. Diese Grenzen sind zu allen Zeiten vorhanden gewesen; bei der Kompliziertheit der Lebensverhältnisse in einem modernen Staat sind sie mehr denn je von Bedeutung. Ihre Beachtung im Sinne einer Anerkennung der — wenn auch vielleicht unerwünschten — Tatsache kann auch ein enges und sehr geschärftes politisches Gewissen niemals beschweren, wenn den politischen Überzeugungen wirkliche Vaterlandsliebe, ein gesundes Gemeinschaftsgefühl mit den Interessen des ganzen Volks zugrunde liegt. Es kann also jeder mit vollem Eifer auf das Ziel hinarbeiten, daß seine Partei an Ausbreitung und Einfluß gewinne, und es ist nicht einzusehen, warum dieser Eifer erlahmen sollte, wenn er trotzdem die praktischen Konsequenzen aus der Tatsache zieht, daß es andre Leute gibt und immer geben wird, die anderer Meinung sind und aus den gleichen Gründen und mit dem gleichen Eifer für ihre Partei arbeiten. Wenn daher der Meinungskampf auch unter den Parteien, die auf dem Boden der Staatsordnung und des Staatsinteresses stehen, oft Formen annimmt, die dem Gegner geradezu die Existenzberechtigung abstreiten, so mag sich das im Einzelfall durch die Hitze des Gefechts und durch die Mitwirkung von Elementen von mangelhafter politischer Intelligenz und Bildung entschuldigen lassen, aber eine innere Berechtigung hat diese Form des Parteigeistes nicht.

Genährt wird vielleicht die Auffassung von der Alleinberechtigung einer bestimmten Parteirichtung — eine Auffassung, der alle geschichtlichen Erfahrungen widersprechen — durch die oft gehörte Behauptung, der preussische Staat gebe ein Beispiel eines fast ausschließlich konservativ regierten Staatswesens. Die Konservativen erklären daraus das gesunde Wachstum und die Größe des Staats und die Erfolge seiner Politik; die Liberalen sehen darin die wesentliche Ursache seiner Mängel und Schwächen. Unrecht haben beide, denn die Behauptung ist falsch. Erst seit zwei Menschenaltern ist Preußen Verfassungsstaat. Bis dahin haben die Beherrscher dieses Staats, deren Wille allein das Gesetz schuf, sehr oft ihre ganze Energie und Autorität eingesetzt, um dem entgegenzuwirken, was man unter den damaligen Zeitverhältnissen nach Analogie der heutigen etwa das konservative Prinzip nennen könnte. Wie oft haben die Hohenzollern, wenn es die Zeitverhältnisse notwendig machten, in ihrer Verwaltungspolitik einen gesunden Liberalismus vertreten! Wie oft haben sie zu diesem Zwecke sogar das formelle Recht verletzt und zerbrochen, um zum Heil ihres Staats einem höhern Recht den Eingang freizumachen! Man sehe sich nur einmal die brandenburgisch-preussische Geschichte daraufhin näher an, allerdings nicht in den herkömmlichen volkstümlich-

patriotischen Darstellungen, die den erwähnten Unterschied zu verwischen pflegen, sondern in den Aufzeichnungen, die die wahre Natur der Konflikte, das Auseinanderplagen der politischen und rechtlichen Prinzipien deutlich widerspiegeln, wie zum Beispiel die Denkwürdigkeiten des Generals Friedrich Ludwig von der Marwitz. Die preußische Monarchie hat allerdings mit Einsicht und Geschick die richtigen Mittel gefunden, alle innern Gegensätze und Sonderinteressen der Staatsautorität unterzuordnen. Wenn dann ferner noch der preußische Adel und die aus ihm und unter seiner Führung emporgewachsene konservative Partei auch nach Einführung der Verfassung die zuverlässigste Stütze der Regierung blieb und ihren Einfluß wahrte, so dankt sie das eben den Traditionen, die durch die vorangegangene Erziehung zur Würdigung der Staatsautorität als des obersten politischen Prinzips in ihr lebendig geblieben waren. Zugleich wurde dem Konservatismus diese Rolle erleichtert durch die Unfruchtbarkeit und den Doktrinarismus der damaligen Liberalen. Der Staat regierte also nicht den Konservativen zuliebe nach deren Prinzipien, sondern die Konservativen unterstützten grundsätzlich den Staat, soweit ihnen dies nach ihrer sachlichen Überzeugung möglich war, während die Liberalen versagten. Diese Tatsachen hören aber auf, als Beweis für die Richtigkeit der konservativen Prinzipien zu gelten, sobald die Konservativen Sonderinteressen über das Staatsinteresse stellen, während die Liberalen zur positiven Mitarbeit bereit sind.

Bei der Auffassung des Parteiwesens, die sich heute immer mehr durchsetzt, wird man immer häufiger darauf zurückkommen, bei großen Lebensfragen des Staats den Momenten Beachtung zu schenken, die uns mit der Gegenpartei einigen. Und es stellt sich bei sachlicher Betrachtung in der Regel heraus, daß in den praktischen Folgerungen durchaus nicht die weitgehende Gegensätzlichkeit herrscht, die man vielleicht vorher vorausgesetzt hat. In der Praxis kommt es auf die Ergebnisse an, nicht auf die Motive. Wenn A und B dieselbe Strecke zu durchwandern haben, so kann es für ihr Zusammengehen kein Hindernis sein, daß der eine vielleicht den Weg in Geschäften, der andre aus Gesundheitsrücksichten macht. Ein Zusammengehen der Parteien aus praktischen Rücksichten muß aber die weitere Folge haben, daß die Gewöhnung, in großen nationalen Fragen gemeinsam zu handeln, auch freiwillige gegenseitige Zugeständnisse erleichtert. Die Neuheit dieser Methode und dieser Art von Verständigung zwischen politischen Anschauungen, die sich immer noch gegenseitig mit den Augen der Vergangenheit betrachteten, hat zwar die Reichsfinanzreform scheitern lassen, aber der Gedanke, den die Starrheit der parlamentarischen Traditionen nicht zu erfassen vermochte, hat bei den Wählern um so mehr Eingang gefunden, und von hier aus wird er weiter wirken und wiederkehren.

Daß auf die Wiederkehr einer solchen Blockpolitik hingewirkt werden muß, ergibt sich auch weiter aus der Erwägung, daß wir den Anschauungen, Bedürfnissen und Interessen verschiedener Bevölkerungskreise nicht ohne weiteres

mit Hilfe der Methode gerecht werden können, die sich in andern Verfassungsstaaten eingebürgert hat, nämlich durch einen regelmäßigen Wechsel zweier großer Parteigruppen in der Unterstützung der Regierung und in der Opposition. Gewiß kann es auch bei uns abwechselnd eine konservative und eine liberale Mehrheit geben, auf die sich dann die Regierung stützen kann, aber eine sichere Mehrheit, die entschlossen ist, ein bestimmtes politisches Prinzip, dem durch eine klare Bekundung des Volkswillens für eine Weile das Übergewicht zuerkannt worden ist, zum Ausdruck zu bringen — eine solche Mehrheit gibt es bei uns in keinem Falle. Der Grund braucht kaum besonders gesagt zu werden; er liegt in der Existenz und der eigenartigen Stellung des Zentrums und der Sozialdemokratie. Darauf braucht hier nicht näher eingegangen zu werden, da die Gesichtspunkte, die gerade wegen dieser Eigenheit unsers Parteiwesens die Wiederkehr der Blockpolitik notwendig machen, an dieser Stelle schon einmal von anderer Seite erörtert worden sind. Bei der Unzuverlässigkeit der Mehrheitsbildung im Reichstag muß eine Versicherung gegen ein mögliches Übergewicht von Parteien vorhanden sein, die das Wohl des nationalen Staats nicht zum Ausgangspunkt ihres politischen Bekenntnisses wählen; diese Versicherung kann nur darin bestehen, daß in allen Fragen, die durch antinationale Parteibestrebungen gefährdet werden können, Konservative und Liberale grundsätzlich eine Verständigung suchen und auf dieser Grundlage gemeinsam handeln.

Wenn wir auf Wesen und Notwendigkeit der Blockpolitik hier noch einmal eingegangen sind, obwohl dieses Thema in den Grenzboten schon mehrfach behandelt worden ist, so ist das geschehen, weil wir einzelne Gesichtspunkte hervorheben wollten, die wir zur Begründung des folgenden brauchen, namentlich zur Begründung gewisser Punkte, in denen wir von einigen in der letzten Zeit zum Ausdruck gebrachten Ansichten abweichen. Vor allem liegt uns daran, zu betonen, daß die Blockpolitik, richtig verstanden, keine Abschwächung tieferliegender und berechtigter Unterschiede in den politischen Grundanschauungen, keine Verwischung bedeutungsvoller Gegensätze, keine Lauheit in der Vertretung politischer Überzeugungen bedeutet, sich nicht auf Parteimüdigkeit gründet und auch nicht zur Parteimüdigkeit erziehen soll. Das wäre derselbe Fehlschluß, als wenn man auf sittlichem Gebiet Selbstzucht auf Temperamentlosigkeit und Duldsamkeit auf Gleichgiltigkeit zurückführen wollte. Wir glauben im Gegenteil, daß eine Vertiefung der politischen Interessen, auch wenn sie sich zunächst in erhöhter Anteilnahme am Parteileben bekundet, in ihren weitern Wirkungen der Entwicklung des Blockgedankens nur dienlich sein kann. Denn nicht die Verschiedenheit der Auffassungen, sondern ihre Verflachung, die Zurückhaltung der tiefer Gebildeten, die Herrschaft der Phrase und des Schlagworts — diese Ursachen sind es, die unsre Parteikämpfe zu dem widerlichen, unfruchtbaren Gezänk machen, als das sie vielen unter uns ausschließlich erscheinen. Parteien und Parteikampf sind aber Notwendigkeiten; in der innern Entwicklung der Völker bedeutet der Kampf der Geister, der Welt- und Lebensanschauungen nichts anderes als Leben

und Gesundheit. Und so möchten wir vor allem vor einem Standpunkt warnen, der dem Sinne nach etwa in die Betrachtung ausklingen könnte: „das deutsche Volk will in seiner Mehrheit von den Auseinandersetzungen der Parteien nichts wissen; wir haben uns nun genug gezanzt, darum soll alles vergeben und vergessen sein.“

Untersuchen wir einmal die Frage, ob das der Weg zur Wiederherstellung des Blocks sein kann. Die Sprengung des Blocks und die Wiedereinsetzung des Zentrums in seine frühere, ausschlaggebende Stellung in nationalen Fragen ist durch die Konservativen bewirkt worden. Die Gründe, die die Partei für ihre Haltung angibt, bestehen bekanntlich in der Behauptung, es habe sich die Unmöglichkeit ergeben, mit den Liberalen zu einem positiven Ergebnis in der Reichsfinanzreform zu gelangen, deshalb sei man genötigt gewesen, mit dem Zentrum zu paktieren. Hinsichtlich des Kanzlersturzes wird behauptet, das sei eine unbeabsichtigte Nebenwirkung der den Konservativen aufgenötigten Haltung gewesen. Es sei nicht ihre Schuld, daß die Regierung das Gelingen der Reichsfinanzreform von einer bestimmten Steuer abhängig gemacht habe, der die Konservativen aus prinzipiellen Gründen nicht beistimmen konnten. Das klingt sehr einleuchtend. Gewiß ist diese Beweisführung von vielen Konservativen auch ehrlich gemeint. Sie haben sich durch die zähe, skrupellose Agitation die Prämissen künstlich einreden lassen, darum stimmen auch die Folgerungen, und nun sehen sie die Sache auch wirklich so, wie sie es sich zurechtgelegt haben.

Diese bona fides kann man jedoch den Männern, die als spiritus rectores hinter den Kulissen die Drähte gezogen haben, nicht zugestehn. Wenn man auch sie damit entschuldigen wollte, daß sie wirklich aus den angegebenen Gründen gehandelt haben, so würde man sich einer geschichtlichen Unrichtigkeit schuldig machen. Von harmlosen Leuten, die unter den Lasten und Sorgen ihres Berufs mißtrauisch geworden sind oder schwer aus gewohnten Gedankengängen herauskommen, ist es psychologisch erklärlich, daß sie die Gründe, mit denen die Landwirte gegen die Nachlaststeuer und dann gegen die Erbschaftsteuer aufgehetzt wurden, zuletzt selber glaubten und die Fähigkeit zur selbständigen Prüfung des wirklichen Inhalts dieser Vorlagen tatsächlich verloren hatten. Das gleiche den eigentlichen Führern zuzutrauen, hieße, sie beleidigen. Seine Gründe waren so fadenscheinig und so wirksam widerlegt, ihre Verteidigung war so mangelhaft, daß Männer von den Kenntnissen und der politischen Erfahrung der konservativen Führer unmöglich daran glauben konnten. Ein deutlicher Beweis, daß die Stellungnahme gegen den Ausbau der Erbschaftsteuer nur taktischen Erwägungen, nicht sachlichen Überzeugungen entsprang. Noch dazu weiß jeder Politiker, daß die erweiterte Erbschaftsteuer doch über kurz oder lang kommen wird. Es hätte darum im Interesse der Konservativen gelegen, diese unvermeidliche Steuer aus einer der Landwirtschaft freundlich gesinnten Hand entgegenzunehmen, solange man noch Einfluß auf ihre Gestaltung haben konnte.

Die Haltung der Konservativen erklärt sich diesen Tatsachen gegenüber nur, wenn man annimmt, daß sie von vornherein entschlossen waren, die Frage der Reichsfinanzreform außerhalb der Blockpolitik zu lösen. Die an-

fänglich unklare und schwankende Haltung der Mittelparteien in der Frage der Besitzbesteuerung und die Entschlußlosigkeit der Liberalen in der Frage der Verbrauchssteuern erleichterte den Konservativen ihre Taktik. Als sie dadurch das Mißtrauen der Liberalen genügend gestärkt hatten und dies zum Vorwand nehmen konnten, um auf sie einen Teil der Mitschuld an dem Scheitern der Regierungsvorlagen abzuwälzen, legten sie sich in der Erbschaftsteuerfrage so entschieden fest, daß sie nun nicht mehr zurückkonnten.

Weiter entspricht die Behauptung, daß der Rücktritt des Fürsten Bülow eine unbeabsichtigte Nebenwirkung der konservativen Taktik gewesen sei, nicht den Tatsachen. Zwar hat es in den Reihen der Konservativen eine ganze Anzahl ehrlicher Männer gegeben, die das nicht gewollt haben, die sich wirklich in den Wahn wiegen ließen, Fürst Bülow werde sich den Konservativen doch noch unterwerfen. Von den tonangebenden Führern gilt das wiederum nicht. Sie haben gewußt, wie es kommen würde, und so, wie es gekommen ist, haben sie es gewollt. Und der Beweggrund? Wiederum die Angst, ein Erfolg der Blockpolitik in der Frage der Reichsfinanzreform könne zu einer liberalen Ära auch in der preussischen Politik führen. Es ist keine Vermutung, keine Schlussfolgerung, sondern eine einfache Tatsache, daß Herr v. Heydebrand von dem stärksten Mißtrauen gegen die Person des Kanzlers erfüllt war, weil er die erwähnte Befürchtung hegte; er begegnete sich in dieser Stimmung mit den leitenden Kreisen des Bundes der Landwirte. Daß man es auf den Kanzler persönlich abgesehen hatte, beweist auch die Art, wie in konservativen Kreisen insgeheim die bekannten Novemberereignisse benutzt wurden, und wie man der Ministerarbeit höfischer Unterströmungen in die Hand arbeitete. Wir haben das seinerzeit im „Reichsspiegel“ einigemal angedeutet. Fürst Bülow hat dies freilich damals in Abrede stellen lassen, teils einem Zuge seines ritterlichen — in dieser ganzen Aktion leider zu ritterlichen! — Charakters folgend, teils vor allem, um den Kaiser vor Mißdeutungen zu schützen, an dem — dies muß ausdrücklich betont werden — alle Intrigen dieser Art tatsächlich zerschellten. Die hier festgestellte persönliche Gegnerschaft gegen einen im besten Sinne „agrarischen“ und in konservativen Kreisen sonst hochgeschätzten Reichskanzler hätte gar keinen Sinn gehabt, wenn sie nicht durch die Auffassung erklärt würde, Fürst Bülow habe sich durch seine Blockpolitik in eine liberale Strömung hineinreißen lassen und müsse nun zur Unterwerfung unter konservative Forderungen gezwungen oder eben geopfert werden.

In Summa: wer die Vorgänge nimmt, wie sie sich wirklich abgespielt haben, nicht wie sie nachträglich dargestellt werden, kann nicht zweifeln, daß die Sprengung des Blocks nicht eine im Laufe der Ereignisse eingetretene, aus einem Gewissenskonflikt hervorgegangene Nebenwirkung, sondern das eigentliche, wohlberechnete Ziel der ganzen konservativen Taktik gewesen ist. Dann kann aber auch die Meinung, die konservative Parteileitung werde nun selbst voller Schrecken sehen, was sie angerichtet habe, und reuevoll zur Vernunft zurückkehren, nicht aufrechterhalten werden. O nein! sentimental sind die Herren

v. Heydebrand und die vom Bunde der Landwirte nicht veranlagt. Sie sind kalte Rechner und wissen, was Macht bedeutet. Hat ihnen ihre Gefolgschaft einmal Absolution erteilt, so werden sie daraus kaltblütig die Folgerung ziehen, daß sie gefahrlos auf demselben Wege weiter fortschreiten können. Damit wird zugleich die Befürchtung widerlegt, sie könnten durch Opposition und durch das weitere Vorhalten ihrer Sünden nur noch mehr von den Liberalen getrennt und zum Zentrum hingedrängt werden. Umgekehrt: läßt man sie gewähren, so ist an eine Wiederkehr der Blockpolitik überhaupt nicht zu denken.

Der Rat an die Konservativen, sich in Demut zu fassen und die freiwillige Rückkehr der Parteileitung in nationale Bahnen zu erwarten, muß auch noch nach einer andern Richtung hin geprüft werden, nicht nur im Hinblick auf eine künftige Blockpolitik. Die konservative Politik hat dem Thron und der Staatsautorität den stärksten Stoß versetzt, den wir seit langer Zeit zu verzeichnen haben. Der Spottname des Herrn v. Heydebrand — „der ungekrönte König von Preußen“ — birgt einen bitteren, bedenklichen Ernst. Nicht als ob wir einen Augenblick an der Realität der Macht des preussischen Königtums zweifeln könnten! Aber wir sind einmal wieder so weit, daß überall im Lande mit einem Schein des Rechts, ja mit unbestreitbarer Überzeugungskraft behauptet werden darf, gegen eine gewisse Clique in Preußen vermöge selbst der König nichts, und gegen ihren Willen könne er nicht regieren. Viele, die bisher diesem Gerede nicht geglaubt oder die wahren Ursachen dieser Erscheinung wohl zu würdigen gewußt haben, werden angesichts der ungeheuern Frivolität und des unpatriotischen Charakters dieser letzten konservativen Opposition die frühere Widerstandskraft gegen jene Einflüsterung verloren haben. Der Schaden, der damit angerichtet wird, ist unermesslich. Es ist die erfolgreichste Art, die Saat der Revolution auszustreuen. Die Art, wie die Konservativen den erfolgreichsten und bedeutendsten Staatsmann nach Bismarck gestürzt und den Bundesrat gezwungen haben, eine Reichsfinanzreform anzunehmen, die den bis dahin verfolgten Wünschen und Grundsätzen der Reichspolitik zuwiderlief, ist das stärkste Attentat auf die Autorität von Krone und Staat, das seit der Reichsgründung unternommen worden ist. Das Ergebnis der Wahlen von 1907 ist zunichte gemacht; ein neuer Aufschwung der Sozialdemokratie ist gesichert, und die große „Partei der Nichtwähler“ wiederhergestellt, da die allgemeine Erbitterung gegen das Scheitern einer endlich den nationalen Wünschen gerecht werdenden Politik keine andern Auswege kennt als eben diese beiden. Das endlich bei den Gebildeten durchdringende Interesse und Verständnis für die wahren Bedürfnisse und die eigenartige Stellung der Landwirtschaft ist wieder zerstört durch den Mißbrauch dieser Interessen zu politischen Machtzwecken und zu Ungunsten anderer Erwerbszweige. Und das alles nennt sich konservative Politik!

Ist der Rat gut, alle diese Schäden durch Schweigen zuzudecken, nur weil die Aufregungen der letzten Wochen wieder einmal eine gewisse Müdigkeit

gezeitigt haben? Sollen wir vor der Fahnenflucht aus dem konservativen Lager warnen, weil auch ohnedies noch alles gut werden werde? Bereiten diese Beschwichigungen wirklich eine neue Einigung vor, nach der auch wir streben? Wir glauben von alledem das Gegenteil. Wir kommen damit nicht an das gewünschte Ziel. Die Möglichkeit der Fortsetzung dieser jäh zerstörten Arbeit hängt ab von der Möglichkeit, ein neues Fundament in der nationalen Wählerschaft zu legen. Dieser müssen die Augen geöffnet werden, vor allem über die Natur und die Ziele der jetzigen konservativen Führerschaft. Eine neue Partei läßt sich nicht ohne weiteres gründen; alle praktischen Erfahrungen sprechen dagegen. Aber alle, die die konservative Parteileitung in ihrem Wesen erkannt haben und die der Zorn über diese unpatriotische, allen guten Traditionen zuwiderlaufende Haltung der Partei erfaßt hat, sollten dieser Einsicht vor allem praktische Konsequenzen geben, am besten natürlich durch Anschluß an die Freikonservativen oder Nationalliberalen oder, wenn das politische Gewissen dies durchaus nicht gestattet, einstweilen durch Nichtbeteiligung am politischen Leben. Diese hat — als vorübergehend und bewußt angewandtes Mittel zu einem bestimmten Zweck — nichts gemein mit der Gleichgültigkeit gewisser Kreise, die sich für zu vornehm halten, in die politische Arena hinaufzusteigen. Nur fühlbare Verluste können eine Parteileitung überzeugen, daß sie auf falschem Wege ist. Die Beforgnis, es könnte das zu einem völligen Zusammenbruch der konservativen Partei führen, hegen wir nicht, da der Bund der Landwirte immer noch über eine ansehnliche Macht verfügen wird trotz manchen auch dort sich regenden Widerständen. Aber auch ein gründlicher Zusammenbruch könnte den berechtigten konservativen Interessen nicht schaden. Die Sache selbst kann ja nicht vernichtet werden; dazu leben zu viele gesunde konservative Kräfte im deutschen Volke. Diese würden sich dann von selbst aufrichten und sich neu organisieren. Dann würden wir vielleicht endlich eine wirkliche konservative Partei erhalten, die alle umfaßt, die grundsätzlich in diesem Lager stehen. Jetzt haben wir ganz ungesunde Verhältnisse. Der größte Teil der „Nichtwähler“, der sogenannten „Parteilosen“ ist tatsächlich konservativ. Ihre Auffassungen von Monarchie, Staat und Gesellschaft, von der Bedeutung des historisch Gewordenen und der organischen Natur aller Entwicklung, ihre Abneigung gegen einseitig individualistische Theorien, auch die ihnen eigne Würdigung der wirtschaftlichen Kräfte weisen sie entschieden in das konservative Lager. Aber sie können sich nicht allen den Einseitigkeiten und Rückständigkeit, der unnötigen Verquickung der Politik mit religiösen Bekenntnisfragen und Standesinteressen verschreiben. Die Verurteilung dieser wertvollen Elemente zu parteipolitischer Obdachlosigkeit ist ein Verlust für unser politisches Leben. Das Fehlen eines tüchtigen konservativen Bürgertums — infolge des heute ganz ungerechtfertigten Vorurteils, daß konservative Überzeugungen eine Eigenheit des Adels und der ländlichen Kreise seien — beschwert auch unsern Liberalismus, da sich die liberale Mittelpartei mit zahlreichen Elementen herumplagen muß, die im Grunde konservativ sind, ohne es eingestehn zu wollen;

dadurch wird manches Element des Zwiespalts in die Reihen der National-liberalen getragen. Die Beseitigung dieser Übelstände bei den jetzigen Verhältnissen der konservativen Partei ist kaum zu erhoffen; ein innerpolitisches Sena dieser Partei könnte vielleicht die Gesundung bringen.

So entschieden wir aber wünschen müssen, daß sich die Konservativen im Lande kräftig gegen ihre Führung regen, für so falsch halten wir den von einem großen Teil der liberalen Presse eingeschlagenen Weg, den Konservativen nach echt demagogischer Methode dadurch zu schaden, daß sie ihnen die Bewilligung der Verbrauchssteuern zum Vorwurf machen. Steuern in dieser Höhe mußten jedenfalls bewilligt werden, und über die Mängel dieser freilich übereilten Gesetzgebungsarbeit steht das Urteil noch keineswegs fest. Auf diesem Gebiet zum Frieden und zur Mäßigung zu reden, ist allerdings Pflicht. Das hat mit Parteipolitik nichts zu tun, das ist man dem Reiche schuldig.

Die Reichsfinanzreform als Aufgabe der nationalen Politik wird ohnehin bald genug wiederkommen. Denn was jetzt gemacht worden ist, ist keine Reform; es ist nur die — wahrscheinlich recht notdürftige — Beschaffung neuer Einnahmequellen. Die Möglichkeit, daß die Bedürfnisse des Reiches wieder in völlig unregelter Weise die Finanzen der Einzelstaaten in Anspruch nehmen, besteht fort. Dann wird man selbstverständlich auf die Frage der Besitzsteuern als Gegengewicht gegen die Verbrauchssteuern zurückkommen, und es bleibt eben nichts andres übrig, als der Ausbau der Erbschaftsteuer. Diese wird sodann glatt bewilligt werden, denn das Zentrum ist in seiner Mehrheit von jeher dafür gewesen und hat leßthin nur dagegen gestimmt, weil diese Vorlage sein Werkzeug zur Rache an Bülow werden sollte. Ob dann freilich die Wünsche der Landwirtschaft so ausgiebig berücksichtigt werden, wie in der lezten Vorlage, ist fraglich. Auch die Konservativen werden erfahren, daß auf die Hybris, die Hingabe an das Machtgefühl, immer die Nemesis folgt. Auch wird ihnen das zur Illustration des Wertes ihrer erstaunlichen Beweisführung dienen, daß das Schicksal des Besitzes „nicht in die Hände einer aus gleichen allgemeinen Wahlen berufenen Volksvertretung gelegt“ werden dürfe. Ein Argument, das freilich — nebenbei bemerkt — unsre ganze verfassungsmäßige Gesetzgebung in Frage stellt, da die besagte Volksvertretung nun einmal ein niemals zu umgehender Faktor der Gesetzgebung ist, also jedes Gesetz, wenn die Konservativen die Macht hätten, verhindert werden könnte, nicht wegen seines Inhalts, sondern wegen des verfassungsmäßigen Charakters der Volksvertretung. Vielleicht öffnet sich auch auf dem Umwege dieser Erfahrungen mit dem, was man heutzutage „konservativ“ nennt, die Einsicht in die Notwendigkeit der Verständigung zwischen Konservativen und Liberalen. -8-

